

3. Dezember 2020

Haushaltsrede Dezember 2020 für das Jahr 2021 Entschuldigt die Coronakrise Versäumnisse bei der Klimakrise?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Referentinnen und Referenten, Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen meiner Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedanke ich mich bei Ihnen allen und vor allem bei der Verwaltung für die Zusammenarbeit im letzten Jahr.

Der Kämmerei gilt unser Respekt für den Haushaltsplan und wir bedanken uns bei Frau Dr. Ammon und den nachgeordneten Dienststellen für ihre Ausführungen im Vorfeld der Haushaltsberatungen auf unsere Fragen und Anträge.

Genau vor einem Jahr stand hier meine geschätzte Kollegin Barbara Fuchs, die inzwischen im Bayerischen Landtag die Belange der Fürtherinnen und Fürther bestens in unserem Sinne vertritt. Ihre Haushaltsrede hat sie mit dem folgenden Satz beendet: **Man muss die Lampen aufhängen, bevor es finster wird!**

Wir wissen alle, dass sie damit nicht die aktuelle Pandemie im Blick hatte. Vielmehr ging es ihr bzw. uns als Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN darum, Wege aufzuzeigen, wie Politik und Stadtgesellschaft mit kleinen, aber entschlossenen Schritten perspektivisch zum Klimaschutz beitragen können.

Jetzt ist erneut ein Jahr ins Land gezogen – und vom Klimaschutz sind wir gefühlt sogar noch weiter entfernt als vor einem Jahr. Im Wahlkampf wurde noch häufig gefordert, den Klimaschutz endlich energischer anzugehen – von fast allen Parteien. Dieser gesellschaftliche und politische Konsens ist in den letzten Monaten fast in Vergessenheit geraten. Aber entschuldigt die Coronakrise Versäumnisse bei der Klimakrise?

Klar ist, dass die aktuelle Pandemie unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft so fest im Würgegriff hält wie kaum ein anderes Ereignis der letzten Jahrzehnte.

Wir alle treffen uns schon seit längerem nicht mehr mit den Fraktionskolleginnen und -kollegen in den wöchentlichen Sitzungen. Stattdessen findet das neue politische Leben fast ausschließlich in Video- und Telefonkonferenzen statt.

Treffen mit Freuden und Verwandten sind ebenfalls weggefallen, viele Beschäftigte sitzen seit Monaten alleine am Küchentisch im Homeoffice oder sind in Kurzarbeit – und die fast täglichen Änderungen im Schulleben sind für viele Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen kaum noch zu überschauen.

Das Tragen von Mund-Nase-Schutzmasken in der Öffentlichkeit ist für die meisten Menschen inzwischen selbstverständlich – wenn auch leider nicht für alle, wie man hier in den eigenen Reihen sehen kann.

Der nahezu vollständige Stillstand von Kulturlandschaft und Vereinsleben ist für viele ein sehr schmerzhafter Einschnitt in ihrem Leben. Die wiederholte Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen, Geschäften, Museen, Büchereien, Kneipen und Restaurants tut ihr Übriges.

Und leider wird es wohl trotz aller staatlichen und kommunalen Bemühungen um Ausgleichszahlungen und Stabilisierungshilfen zu einer Insolvenzwelle in Einzelhandel und Gewerbe kommen, von der sicher auch Unternehmen im ökologisch-nachhaltigen Bereich betroffen sind. Denn Nachhaltigkeit ist bislang keine Voraussetzung für die Förderung.

Auch der Haushaltsentwurf, über den wir in den nächsten Stunden beraten werden, ist geprägt von der Pandemie, die auch hier ihren Tribut fordert, z.B. durch fehlende Steuereinnahmen im Gewerbe oder bei der Einkommenssteuer. Wichtige Baumaßnahmen werden verschoben, benötigte Stellen werden erst einmal nicht besetzt.

Kurzum: Die vielen – notwendigen – Einschränkungen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie stellen die Menschen in Fürth vor massive Beeinträchtigungen im Privat- und Arbeitsleben. Und trotz allem werden die Veränderungen gesellschaftlich und politisch durch einen breiten Konsens getragen – zum Wohle der Bevölkerung, zum Schutz der Gesundheit und Wirtschaft, zum Freihalten von dringend benötigten Ressourcen im Gesundheitswesen – und letztendlich zur Bekämpfung einer seit Jahrzehnten, ja fast Jahrhunderten in Europa nie da gewesenen Situation.

In unserer modernen Gesellschaft werden Wirtschaft und Politik unstrittig durch Experten und Expertinnen aus der Wissenschaft begleitet. So lauschen wir täglich gebannt dem Robert-

Koch-Institut und lassen uns über R-Werte und 7-Tages-Inzidenzen die Konsequenzen unseres Handelns – und manchmal auch des Nicht-Handelns vorführen.

Doch warum erzähle ich das hier in dieser Ausführlichkeit? Corona hat aktuell enorme Auswirkungen auf unseren Alltag. Wir verkennen dabei aber Eines: Wir stecken schon lange in einer deutlich größeren Katastrophe. Nur springt diese noch nicht so drastisch vor unserer eigenen Haustür ins Auge. Diese Katastrophe schreitet so schleichend fort, dass wir sie bislang nur sehr begrenzt in unserem direkten Umfeld wahrnehmen. Ich meine die Erderwärmung – und alle damit verbundenen Konsequenzen. Schon seit Jahren, eigentlich seit Jahrzehnten, sprechen wir GRÜNEN den Klimaschutz in fast allen politischen Gremien immer wieder an – auch im Haushalt. Oft mit begrenztem Erfolg.

Während sich also in Zeiten der Pandemie das politische und gesellschaftliche Handeln an den Empfehlungen von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und politischen Organisationen ausrichtet, werden im selben Atemzug konsequent die unstrittigen wissenschaftlichen Handlungsempfehlungen der Expertinnen und Experten in Sachen Klimaschutz negiert.

Während 2015 in Paris die Vereinten Nationen das Ziel beschlossen haben, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur dauerhaft möglichst auf 1,5 Grad, jedenfalls mindestens auf deutlich unter 2 °C Grad zu begrenzen, diskutierten wir in Fürth noch 2019 lieber darum, ob wir tatsächlich einen Notstand haben – oder ob der Begriff zu „radikal“ sei.

Stattdessen hat man hier nur ausgerufen, „Klimaschutzstadt“ werden zu wollen. Die Klimakrise findet also auf dem gesamten Erdball statt – außer in Fürth. Wir haben eben keine Gletscher, die schmelzen könnten; wir haben keine Regenwälder, die vor der Vernichtung stehen – nur den Stadtwald; und wenn der Meeresspiegel steigt, liegen wir immerhin 294 Meter darüber. All das passiert scheinbar weit weg – nur nicht in Fürth.

Und so baut man in Fürth weiterhin Wohnsiedlungen nach einem Energiestandard aus den 1980er Jahren und versiegeln unnötig Flächen für Straßen und Parkplätze. Jede noch so kleine Initiative wird bekämpft, wenn sie eventuell zu einer Reduzierung oder gar Beeinträchtigung des motorisierten Individualverkehrs führen könnte. Über den ÖPNV wird immer nur als Kostentreiber gesprochen, den man so klein wie möglich halten muss. Der bisherige wackelige Konsens zur Einführung eines 365 Euro-Tickets für alle steht wegen der Finanzierungsfrage erneut auf der Kippe. Somit sind Klimaschutz und Erderwärmung wieder einmal nur ein Kostenfaktor, für den man immer erst eine Gegenfinanzierung braucht. Um auch hier bei meinem Beispiel der Pandemie zu bleiben – das würde dann ja bedeuten: Es gibt erst einen Impfstoff für alle, wenn eine Gegenfinanzierung für alle vorhanden ist?

Dabei übersehen viele, dass der Klimawandel auch schon in Fürth angekommen ist – ja – die Einschläge kommen näher. Wir haben den dritten heißen Sommer in Folge mit

Dürreerscheinungen hinter uns, die sich z. B. massiv im Stadelner Wald bemerkbar gemacht haben. Wir müssen zunehmend Baumaßnahmen vornehmen, um möglichen Starkregenereignissen zu trotzen und bald werden wir Geld in die Hand nehmen müssen für kostenintensive Klimaanpassungsmaßnahmen, da sich die Stadt im Sommer immer weiter aufheizt. Den Landwirt*innen brauche ich nicht erzählen, was die langen Dürreperioden für den Ackerbau und damit letztlich für unsere Nahrungsmittelproduktion bedeutet haben.

Wir haben als Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN deshalb – erneut, oder jetzt erst recht – den Schwerpunkt unserer diesjährigen Anträge vor allem auf den Klimaschutz konzentriert. Weil wir den Stellenwert der Pandemie mit all den Unwägbarkeiten erkennen, haben wir viele der sonst von uns gestellten Anträge reduziert oder weggelassen - wohl wissend, dass es für alles seine Zeit gibt.

Nicht weggelassen haben wir bei allem Verständnis – wie in den Jahren zuvor – die Aspekte des sozialen und kulturellen Lebens in Fürth sowie die Situation der städtischen Beschäftigten. Wir sehen darin wichtige Grundpfeiler einer Stadtgesellschaft. Ein Verzicht oder eine Reduzierung in diesen Bereichen würde zu schmerzhaften Einschnitten für die nächsten Jahre oder gar Jahrzehnte führen.

Die Corona-Pandemie hat nicht nur unsere Defizite im Gesundheitswesen schonungslos aufgedeckt – sondern auch in vielen anderen Bereichen des täglichen Lebens. So kommen wir endlich in der angemahnten Frage der Digitalisierung an Schulen und in der Stadtverwaltung weiter – auch wenn uns häufig noch in den Maßnahmen der rote Faden fehlt. Ein weiterer Ausbau der Digitalisierung – auch im Bereich des SmartCity-Konzepts – wird von unserer Fraktion ausdrücklich begrüßt – und ist in der Vergangenheit mehrfach eingefordert worden – erst im letzten Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung. Corona hat auch das Thema lernfreundliche und konzentrationsfördernde Luftqualität in unseren Schulen auf die Agenda gespült.

Und – auch das ist inzwischen eine Tradition der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - wir fordern nicht nur und stellen Anträge, die den Haushalt ausschließlich belasten – nein! Wir zeigen auch als einzige Fraktion erneut auf, wie eine Gegenfinanzierung unserer Anträge möglich wäre – ohne zusätzlich den Haushalt zu belasten.

Nicht eingerechnet sind hier natürlich die Kosten, die der Stadt Fürth z.B. durch eine gute Klimapolitik erst gar nicht entstanden wären bzw. künftig eingespart werden könnten. Energiekosten ließen sich beispielsweise durch eine moderne und intelligente Bauweise oder rechtzeitige Sanierung zum Teil deutlich einsparen.

Klimaschutz heute – trotz oder gerade wegen Corona!

Schon vor Corona nutzten immer mehr Menschen das Fahrrad. Wir wollen schon lange das Radwegenetz ausbauen - mit sinnvollen Anknüpfungspunkten in die benachbarten Stadt- und Landkreisgebiete, bei gleichzeitiger Trennung der Interessensgruppen. Das heißt, wir brauchen Radwege für Familien mit Kindern genauso wie Schnellradwege für Berufspendler*innen und -pendler. Wenn wir tatsächlich substanziell in diesem Thema weiterkommen wollen, ist eine Erhöhung der pauschalen Mittel für Fahrradwege unerlässlich. Auch wenn wir durchaus den Trend sehen, dem Radverkehr mehr Raum zu geben – wir sehen hier noch deutlich Verbesserungsbedarf.

Wir haben 2019 den Fördertopf für Lastenräder ins Leben gerufen und freuen uns darüber, dass er vollständig ausgeschöpft wurde. Dies sollte 2021 nicht nur fortgeführt, sondern weiter ausgebaut werden. Die Lastenräder zur Ausleihe haben lange Wartezeiten. Das zeigt die hohe Nachfrage in der Bevölkerung. Damit auch in den nicht zentral gelegenen Ortsteilen Lastenräder genutzt werden können, wollen wir das Leih-Angebot ausbauen.

Wenn weniger Fürther*innen einen eigenen Pkw besitzen und nutzen, hat dies zusätzlich weitreichende positive Folgen. Zunächst natürlich für Klima, Umwelt und die Aufenthaltsqualität in der Stadt, aber auch beispielsweise für die verbleibenden Autofahrer*innen, die sich durch weniger Staus quälen müssen und eher einen Parkplatz finden. Deshalb beantragen wir die Einführung eines Mobilitäts-Gutscheinprogramms „Autofrei“. Wer also nachweislich auf sein Auto verzichtet, bekommt im Gegenzug z.B. ÖPNV-Gutscheine oder besondere Angebote im örtlichen Fahrradhandel oder beim Carsharing. Damit wird nicht nur die Umwelt geschont – nein – damit werden auch der örtliche Handel oder die Verkehrsbetriebe unterstützt.

Für eine echte Verkehrswende müssen klima- und ressourcenschonende Verkehrsmittel attraktiver werden als das Auto. Günstige ÖPNV-Tickets, verbesserte Fahrpläne und erweiterte Liniennetze mit Ringbus oder eine optimierte Infrastruktur für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen bewirken nur wenig, wenn das Autofahren immer noch deutlich billiger und bequemer ist. Deshalb beantragen wir, die Einnahmen der bewirtschafteten Parkflächen der Stadt Fürth zu erhöhen. Dieses Geld kann im Haushalt für Klimaschutzmaßnahmen verwendet werden, beispielsweise für die Finanzierung zukunftsweisender Mobilitätsprojekte oder für die Sanierung der städtischen Gebäude und deren bessere Wärmedämmung sowie zur Umsetzung von Maßnahmen zur Energieeinsparung.

Doch nicht nur die städtischen Gebäude sollen unter Klimaschutzaspekten betrachtet werden – vielmehr beantragen wir, dass die Stadt mit einer aufsuchenden Kampagne bei Privatpersonen und Gewerbetreibenden für Energiesparmaßnahmen wirbt und Umbaumaßnahmen anschiebt. Ziel ist eine Steigerung der Sanierungsrate, um im privaten Wohngebäudebereich substanziell Energie einzusparen, aber auch Gewerbetreibenden

beispielsweise die Installation von PV-Anlagen nahezu legen. Diese Form der Bürgeransprache hat sich in anderen Kommunen als überaus effektiv erwiesen: Bis zu 40% der Hauseigentümer*innen nehmen das Beratungsangebot an. Von den daraus folgenden Sanierungsaufträgen profitieren dann örtliche Handwerksbetriebe.

Auch die Stadt Fürth hat zahlreiche sanierungsbedürftige Gebäude – und unternimmt bislang zu wenig, um auch diese versteckten Schulden abzubauen. Seit Jahren können wir beobachten, wie sinnvolle und zum Teil längst überfällige Baumaßnahmen auf die lange Bank geschoben werden. Hierbei fällt besonders die Berufsschule II auf. Aber die Liste lässt sich leider fortführen ... z.B. mit den Schulen in der Soldnerstraße, Friedrich-Ebert-Straße, Carlo-Schmid-Straße und der Dr.-Gustav-Schickedanz-Schule im Finkenschlag. Alles Maßnahmen, die zum Teil seit Jahren bekannt sind – aber nicht in die Umsetzung kommen.

Ja! Wir registrieren auch, dass es positive Entwicklungen gibt – gerade im Schulbau – wie z.B. bei den beiden Gymnasien in der Innen- bzw. Oststadt. Aber zur Wahrheit gehört auch, dass die meisten der verschobenen Projekte bisher nicht am fehlenden Geld oder Willen gescheitert sind, sondern an den mangelnden Personalressourcen der Stadtverwaltung – hier besonders im Baureferat.

Personalmangel– eine unendliche Geschichte

Seit Jahren beobachten wir, dass viele Stellen nicht besetzt werden konnten. In vielen Fällen mussten die neuen Stellen hart erkämpft werden, da durch sogenannte Kompensationsmaßnahmen wenig bis kein Spielraum für die Dienststellen vorhanden war. Viele Stellen konnten nur neu geschaffen werden, weil sie mit Fördergeldern finanziert wurden, z.B. im Bildungsbereich. Diese Stellen sind meist nur befristet. Andere Stellenschaffungen sind schlichtweg durch gesetzliche Auflagen vorgeschrieben – Stichwort Kindertageseinrichtungen. Veränderte Anforderungen, wie z.B. der Serviceausbau der Kommune, das Bevölkerungswachstum, die massive Bautätigkeit im Stadtgebiet, werden aber im Stellenplan kaum abgebildet. Ganz im Gegenteil – in einigen Bereichen – wie z.B. im Reinigungsdienst - wurden zum Teil sogar Stellen outgesourct – und damit prekäre Arbeitsbedingungen geschaffen.

Doch das Corona-Jahr ist in vielerlei Hinsicht besonders. Wie wir erst zufällig im November erfahren haben, gab es bereits Mitte April eine Anweisung an alle Referate, dass in diesem Jahr grundsätzlich keine Stellen geschaffen werden dürfen, sofern nicht eine vollständige Kompensation vorgelegt wird. Dies hatte zur Folge, dass wir in der Stellenplankommission eine Miniatur-Liste mit den neu geschaffenen Stellen vorgelegt bekommen haben, die gerade einmal eine Din-A4 Seite lang war – so kurz wie noch nie. Wir bezweifeln weiterhin, dass diese Vorgehensweise durch einen Beschluss im Stadtrat legitimiert war.

Gerade in Zeiten von Corona war auch in den städtischen Dienststellen die Belastung besonders hoch – sei es durch die zusätzliche rasche Abwicklung von Anträgen aus dem Bereich der Wirtschaft oder durch die Infektionsgefahr im Publikumsverkehr. Denn entgegen der Beschäftigten in der freien Wirtschaft waren die städtischen Angestellten meist nicht in Kurzarbeit oder Homeoffice. Neben den angesprochenen Corona-Maßnahmen waren auch auf die Schnelle zusätzliche Digitalisierungs-Projekte umzusetzen – und das alles trotz unbesetzter Stellen. Vorhaben, die vorher als „nice to have“ galten, waren auf einmal superdringend. Wenn man dann sieht, wie z.B. im Baureferat oder in den Bürgerämtern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versuchen, den Alltag zu bewältigen, dann zollen wir hier den Beschäftigten unsere Hochachtung für die in den letzten Monaten erbrachte Leistung.

Im Gegenzug hätten wir allerdings erwartet, dass die Stadtspitze sich kreativer um die Stellenbesetzungen bemüht, als immer nur mantra-artig vorzubeten, dass der Markt seit Jahren leergefegt sei. Als Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN haben wir bereits mehrfach Vorschläge zur Steigerung der Attraktivität als Arbeitgeber gemacht. Erst im letzten POA haben wir Anreizsysteme zur Personalgewinnung vorgestellt. Man muss hier das Rad nicht neu erfinden – viele andere Kommunen machen es inzwischen erfolgreich vor. Auch die Zusammenarbeit mit externen Partner*innen kann an manchen Stellen zur Überbrückung eine gute Lösung sein. Aber allein die Vorstellung, dass es mehr Möglichkeiten gibt, als nur auf die Sicherheit im Öffentlichen Dienst hinzuweisen, scheint die Fantasie einiger zu überschreiten.

Zusammenfassend komme ich wieder auf meine eingangs zitierte Redewendung aus den letzten Haushaltsberatungen zurück: **Man muss die Lampen aufhängen, bevor es finster wird – auch oder gerade in Zeiten der Klima- und Coronakrise**, und genau darum kümmern wir uns heute! Die junge Generation demonstriert nicht auf der Straße für einen schuldenfreien Staat, sondern für einen lebenswerten Planeten.

Wir müssen allen Fürtherinnen und Fürthern heute und in der Zukunft eine gute Lebensqualität ermöglichen und sorgfältig auf das Klima in unserer Stadt achten, damit stärken wir auch unsere demokratischen Werte.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche uns gutes Gelingen für die heutigen Haushaltsberatungen.

Kamran Salimi

Fraktionsvorsitzender

im Namen der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN